



POLITISCH? KORREKT!

FOKUS ZUKUNFT EUROPA:

Lösungen für eine resiliente deutsche Außenpolitik

**Ergebnisse der Polis180-Policy
Kitchen Mai 2021**

Mit Beiträgen von:

**Richard Kaufmann, Nora Pohl, Frauke Seebass, Alexandra Bumcke, Albrecht
Campenhausen, Lukas Seelig, Inga Gertmann,
Leonie Hopgood, Natalie Gröbner, Antonia Riedel, Linn Schaan**

**POLIS
180**

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	2
1. RESILIENTE NACHBARSCHAFT - RESILIENTES DEUTSCHLAND	3
2. ZUKUNFT EUROPAS: STRATEGISCHE AUTONOMIE.....	6
3. EINE UNION DER GLEICHHEIT? – DIE ANTI-GENDER BEWEGUNG IN EUROPA UND DIE KONSEQUENZEN FÜR WIDERSTANDSFÄHIGE AUßENPOLITIK	10
4. RESILIENTE AGRARPOLITIK MIT ZUKUNFTSCHARAKTER - EMPFEHLUNGEN AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG	13
ÜBER POLIS180	17

VORWORT

Anlässlich der Bundestagswahl im September 2021 hat Polis180 eine Policy Kitchen-Workshop-Reihe organisiert. Dabei handelt es sich um ein partizipatives Format, bei dem die Teilnehmenden die Möglichkeit haben, im Austausch miteinander neue, innovative Forderungen und Handlungsempfehlungen an die Außenpolitik der zukünftigen Bundesregierung zu erarbeiten.

Das übergeordnete Thema war: **Wie kann deutsche Außenpolitik widerstandsfähiger gemacht werden?** Basierend auf dieser Leitfrage fanden drei Workshops zu den Themen Zukunft Europas, Sicherheit und Frieden sowie Klima statt. Diese Publikation umfasst die Forderungen und Handlungsempfehlungen zur **Zukunft Europas**.

Seit Jahren sieht sich Europa mehreren Krisen gegenübergestellt. Es scheint, als sei die Solidarität sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch nach außen gesunken. Die Bereitschaft, sich für gemeinsame Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzusetzen, ist geringer denn je. Der Brexit, die dauerhaften Konflikte mit Ungarn und Polen, die Geflüchtetenkrise und die steigenden Spannungen mit Russland und China stellen Europa vor immer neue Herausforderungen.

Die Teilnehmenden haben Ideen gesammelt, wie es in Europa weitergehen und welche Position Deutschland in der nächsten Legislaturperiode einnehmen sollte. Leitende Fragen sind: Welche Möglichkeiten hat die neue Bundesregierung, eine gemeinsame Zukunft Europas voranzutreiben und wie sollte sie sich in der EU zu kritischen Fragen positionieren? Wir sprachen über die Beziehungen zur europäischen Nachbarschaft, Anti-Gender Bewegungen, landwirtschaftliche Reformen und mehr.

Die folgenden Ergebnisse resultieren aus der Debatte der Teilnehmenden und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinungen der Autor*innen sowie die institutionellen Positionen ihrer Arbeitgeber dar. Die Autor*innen haben lediglich die in der Debatte entstandenen Forderungen ausformuliert.

Die Policy Kitchen-Workshops sind Teil des Polis180-Projektes „Politisch? Korrekt!“ zu den Bundestagswahlen 2021, das vom BMFSFJ und der bpb gefördert wird. Das Konzept der Policy Kitchen ist in Kooperation mit unserem Schweizer Partner Think Tank Foraus entstanden, der auch die Plattform bereitgestellt hat.

An dieser Stelle möchten wir uns noch einmal bei allen Mitwirkenden, Workshopteilnehmer*innen und Expert*innen bedanken. Besonderer Dank gilt Leonie Hopgood und Richard Kaufmann für die Organisation der Policy Kitchens. Außerdem möchten wir uns ganz herzlich bei Frank Burgdörfer, Asena Baykal, Mago Chuchracka, Ludwig Reicherstorfer, Valeska Esch und Iryna Solonenko für die fachliche Expertise bedanken.



POLITISCH?
KORREKT!

1. RESILIENTE NACHBARSCHAFT - RESILIENTES DEUTSCHLAND

Richard Kaufmann, Nora Pohl, Frauke Seebass

Abstract

Deutschlands Außenpolitik gegenüber den Staaten des Westbalkans (WB) muss den durch EU-Recht und diplomatische Rhetorik gesetzten Normen und Versprechungen Taten folgen lassen - im Umgang mit dortigen Staats- und Regierungschefs sowie pro-demokratischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber auch gegenüber den deutschen Bürger*innen.

Problemstellung

In einigen Westbalkan-Ländern (insbesondere Serbien und Montenegro) werden seit Jahren **Rückschritte in der Demokratiequalität, der Rechtsstaatlichkeit, der Korruptionsbekämpfung und der Medienfreiheit** festgestellt¹. State capture, Amtsmissbrauch, die Limitierung von Oppositionsarbeit sowie *Starke Mann*-Politik sind dabei nur einige Ausdrücke dieser Probleme.² Dies wurde zwar wiederholt in Berichten der Europäischen Kommission kritisiert,³ die Regierungen der Staaten werden jedoch seitens der deutschen politischen Vertreter*innen **kaum zur Verantwortung gezogen**. Gerade die Teile der organisierten Zivilgesellschaft, die sich gegen autoritäre Tendenzen, für Menschenrechte und freie Medien einsetzen, fühlen sich von Deutschland nicht wertgeschätzt, wenn deren offizielle Vertreter*innen weiterhin gute Kontakte zu den autoritären Staatsmännern halten.

Im Auftreten Deutschlands als einem der Hauptunterstützer des Beitrittsprozesses fehlt es auf mehreren Ebenen an **Glaubwürdigkeit**: Wie können von Beitrittskandidaten umfangreiche, beispielsweise rechtsstaatliche Reformen gefordert werden, wenn Verstöße gegen diese Prinzipien innerhalb der EU kaum geahndet werden? Der Beitrittsprozess verkommt in der Wahrnehmung

der dortigen Bevölkerung zunehmend zu einem leeren Versprechen, insbesondere wenn Reformbemühungen wie etwa in Albanien oder Nordmazedonien nicht mit konkreten politischen Zugeständnissen honoriert werden. Beide Problematiken betreffen vor allem die progressiven Teile der organisierten Zivilgesellschaft, die sich **immer weniger auf die EU verlassen** können. Ansätze diese einzubinden bestehen bereits, werden jedoch nicht genug genutzt.⁴

Auch in der Lösung bilateraler Konflikte zwischen WB-Ländern bleibt die EU hinter ihren Möglichkeiten und ihrer Verantwortung zurück. Die **Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo wurden in den letzten Jahren zu wenig vorangetrieben**, gegen separatistische Tendenzen innerhalb Bosnien-Herzegowinas wird seitens der EU und auch Deutschlands zu wenig vorgegangen. Die EU und Deutschland haben die führende Verhandlungsrolle in diesen Konflikten, die sich in unmittelbarer Nähe zur EU verschärfen, in den letzten Jahren mehr und mehr der USA überlassen. Auch in anderen Bereichen wird anderen externen Akteuren zu viel Raum gelassen. Nicht zuletzt die Debatte um Beschaffung, Anerkennung und Produktion von Impfstoffen offenbart die **zunehmende Präsenz von antidemokratischen, externen Akteuren** auf dem Westbalkan (Russland, China, Türkei). Die EU und Deutschland stehen hier in der Gefahr, in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft an wirtschaftlichem und politischem Einfluss zu verlieren.⁵

Die **außenpolitische Strategie gegenüber dem Westbalkan erscheint unkoordiniert** - weder die deutsche noch die dortige Bevölkerung ist sich im Klaren darüber, welche Interessen Deutschland langfristig verfolgt, welche Förderlogiken und andere Me-

¹ Freedomhouse: *Nations in Transit 2020. Dropping the Democratic Facade*. Washington DC: Freedomhouse (Nations in Transit), 2020 [online] https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-04/05062020_FH_NIT2020_vfinal.pdf [abgerufen am 15.09.2021].

² Spasojević, Dušan: Rising Expectations and Centralizing Power: Party Leaders in Serbia. In: Sergiu Gherghina (Hrsg.): *Party leaders in Eastern Europe. Personality, behaviour and consequences*. Cham, Schweiz: Palgrave Macmillan (Palgrave studies in political psychology), 2020, S. 219–240.

³ Europäische Kommission: *Commission assesses and sets out reform priorities for the countries aiming to join the EU*, in: Euro-

pean Commission, 2020 [online] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_1816 [abgerufen am 15.09.2021].

⁴ European Western Balkans: *Civil society members urge EU to apply consistent conditionality to the Western Balkans*, in: European Western Balkans, 2021 [online] <https://europeanwesternbalkans.com/2021/07/05/civil-society-members-urge-eu-to-apply-consistent-conditionality-to-the-western-balkans/> [abgerufen am 15.09.2021].

⁵ Bjeloš, Maja: Country Report 1 – Serbia, in: Barbora Chrzová, Anja Grabovac, Martin Hala, Jan Lalić (Hrsg.): *Western Balkans at the Crossroads: Assessing Influences of Non-Western External Actors*. Prag: The Prague Security Studies Institute, 2019, S. 13–47.

thoden es nutzt und auf welche Versprechen Verlass ist. Aus diesen Vorüberlegungen wurden von den Teilnehmer*innen des Policy Kitchen Workshops folgende Lösungsmöglichkeiten entwickelt, um den angesprochenen Problemen entgegenwirken zu können.

Lösungsmöglichkeiten

Die deutsche Außenpolitik muss in die EU hineinwirken und das deutsche Interesse an einer pro-demokratischen, reformgeleiteten Integration der Westbalkanländer in die EU stark machen. Die Ziele und Rahmenbedingungen dieses Beitritts sollten gegenüber den Beitrittsländern und deren Bevölkerung klar kommuniziert werden, um das Verständnis für den Prozess zu verbessern und Falschinformationen entgegen zu wirken. Dabei ist hier eine gesamteuropäische Perspektive notwendig. Die Möglichkeit diese zu prägen wurde während der EU-Ratspräsidentschaft 2020 leider verschenkt. Die zukünftige Regierung sollte die Stellung Deutschlands in den EU-Institutionen nutzen, um eine die Mitgliedstaaten übergreifende Strategie voranzutreiben.

Die zukünftige Bundesregierung sollte klare Worte gegen antidemokratische Praktiken seitens der Regierungen in den Westbalkanländern finden und wenn nötig auch außerhalb der Parlamente die dortigen pro-demokratischen Oppositionskräfte unterstützen. Zusätzlich sollten Politiker*innen und hohe Vertreter*innen der deutschen Regierung (sowie auf EU-Ebene) mehr Interesse daran zeigen, bilaterale Beziehungen zu stärken. Dies könnte durch häufigere Staatsbesuche und direkten Kontakt mit den Regierungen, aber auch den Parlamentarier*innen in der Region erfolgen.⁶ Um eine aktive Zivilgesellschaft zu unterstützen, müssen Förderprogramme offen ausgeschrieben und deren Förderziele klar verständlich sein. Die Perspektive, Forderungen und Bedarfe zivilgesellschaftlicher Akteure sollten dabei bereits in der Entwicklung von Förderprogrammen miteinbezogen werden.

Um den Beitrittsprozess weiter zu unterstützen, sollten bestehende Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen den WB-Staaten und für die Kooperation zwischen den einzelnen Ländern der Region weiter aufrecht erhalten bleiben. Auch bei einem Regierungswechsel sollte der **Berliner Prozess**⁷ sowie dessen Teil-Foren weitergeführt und vertieft werden. Im Rahmen dieses Prozesses können bisher bestehende Probleme adressiert und bearbeitet werden.⁸ Auch wenn oftmals die Ergebnisse auf Ebene der Re-

gierungschef*innen fehlten, so ermöglichte der Prozess die Zusammenarbeit auf Ministerebene, in der Zivilgesellschaft und Jugendforen.

Das strategische Interesse Deutschlands an einem reformgeleiteten EU-Beitrittsprozess der Westbalkanstaaten muss klarer gegenüber der deutschen Bevölkerung kommuniziert werden. Es muss verständlich gemacht werden, dass neben verstärkten wirtschaftlichen Beziehungen insbesondere auch eine enge Kooperation mit demokratischen Bewegungen in den Westbalkanländern im strategischen Interesse Deutschlands liegt. Eine nachhaltige politische wie auch wirtschaftliche Stabilität in dieser unmittelbaren Nachbarregion der EU kann nur durch tiefgehende demokratische Reformen und die Bekämpfung von Korruption erreicht werden, weswegen Deutschland hier eine starke Rolle einnehmen muss.

Auch wenn der Erweiterungsprozess zuletzt umstrukturiert wurde, um dem Stillstand in den Verhandlungen entgegenzuwirken, sind hier weitere Reformen notwendig, um den Prozess an die Bedürfnisse der pro-europäischen Kräfte anzupassen. So wurde seitens der Zivilgesellschaft ein differenzierterer Beitrittsprozess vorgeschlagen, indem die Kandidatenländer nach umgesetzten Reformen schrittweise in einzelnen Bereichen der EU beitreten und dabei auch bereits Teilrechte innerhalb der EU-Institutionen erhalten. Diesem Prinzip folgend, sollten die Westbalkanstaaten bereits vor ihrem Beitritt intensiv in europäische Strategieplanungen einbezogen werden. Dies betrifft insbesondere Themen, die nicht auf Ebene der Nationalstaaten gelöst werden können, wie etwa der Klimawandel, Energiesicherheit oder auch größere Infrastrukturprojekte. Wenn etwa im Rahmen der Verhandlungen und des Policymakings des sogenannten "Green Deals" Regierungsvertreter*innen und Parlamentarier*innen der zukünftigen Mitgliedsstaaten teilhaben, wird die Verbindung zwischen den Westbalkanländern und der EU durch konkrete politische Zusammenarbeit gestärkt und die Länder gleichzeitig schrittweise in die EU-Politik eingebunden. Durch die Einbindung können Lernprozesse zu policy-making angestoßen werden, zudem kann so die Resilienz der Westbalkanstaaten gegenüber anderen Akteuren gesteigert werden. Einen ähnlichen Ansatz sollte man durch die Partizipation von nationalen Entscheidungsträger*innen und der Zivilgesellschaft in der Konferenz zur Zukunft Euro-

⁶ Palm, Viktoria: The Roles of Key International Actors in the Region amidst the Covid-19 Crisis. Workshop Report, in: Valeska Esch, Viktoria Palm (Hrsg.): *The Covid-19 Pandemic in the Western Balkans: Consequences and Policy Recommendations*, Berlin: Aspen Institute Germany, 2020, S. 47–49.

⁷ Ein Konferenzformat, das 2014 von Bundeskanzlerin Merkel initiiert wurde und seither in jährlichen Gipfeln die sechs Westbal-

kanländer sowie einige EU-Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen zusammenbringt. Siehe auch: <https://www.berlin-process.de/>.

⁸ Bieber, Florian: *Un(b)locking the Region's Reform Dynamics. The Interlocking Dynamics of Bilateral Agreements, Regional Cooperation, European Integration and Reform*, in: Prespa Forum Dialog, Juni 2021 [online] <https://pfd.mk/unblocking-the-regions-reform-dynamics-by-florian-bieber/> [abgerufen am 15.09.2021].

pas anwenden. Die Einbindung kann neues Vertrauen und Loyalität der lokalen Entscheidungsträger*innen hervorrufen und somit die langfristige Kooperation stärken.^{9 10}

Neben diesen kooperativen Ansätzen im policy-making sollten jedoch gleichzeitig auch Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Regierungen der Westbalkanstaaten geschärft und etwa bei Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien gezielt eingesetzt werden, um dem Bild des "zahnlosen Tiger Europas" entgegenzuwirken und die eigene Glaubwürdigkeit zu stärken.

Mögliche ökonomische, soziale, politische Kosten bei der Implementierung

Ein schon lange bestehendes Hindernis in der reformorientierten Zusammenarbeit zwischen EU und Westbalkan sind die lokalen politischen und wirtschaftlichen Eliten. Hier besteht das Dilemma, dass gerade die offiziellen Dialogpartner*innen (Staats- und Regierungschefs) de facto von antidemokratischen Praktiken auf persönlicher, wirtschaftlicher und machtpolitischer Ebene profitieren. Das Ausspielen der EU gegenüber anderen globalen Playern sowie ihr eigenes Involvement in Korruption und *State Capture* sind Teil ihrer Strategie zur Machterhaltung. Da sich in Reformbemühungen somit kaum auf diese politischen und wirtschaftlichen Eliten verlassen ist, entsteht hier ein Dilemma in der politischen Zusammenarbeit: Es gilt, den Balanceakt zwischen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Regierungen auf der einen, und tatsächlich pro-demokratischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteure, die jedoch selten Teil der Regierung und teilweise auch nicht in den Parlamenten vertreten sind, besser auszutariieren.

Konkret kann dies auch dann zu politischen Verwerfungen führen, wenn die erwähnten antidemokratischen Regierungsparteien assoziierte Mitglieder derselben europäischen Parteifamilie sind wie manche Parteien des Bundestages.

Eine weitere Herausforderung auf dem Weg zu einer stärkeren Annäherung der Westbalkanländer an die EU sind die teilweise skeptischen Einstellungen der lokalen Bevölkerung gegenüber einem EU-Beitritt. Obwohl dies zwischen den Ländern sehr variiert, lässt sich doch feststellen, dass Desinformationskampagnen sowie gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu den Leistungen anderer externer Akteure (beispielsweise bezüglich Hilfeleistungen oder Investitionen) dem Ansehen der EU etwa im Gegensatz zur Rolle Russlands schaden. Diese Entwicklungen lassen sich jedoch mit

derselben Taktik umkehren: Dazu muss sich die EU und Deutschland der zentralen Aufgabe annehmen, das Vertrauen der Bevölkerung durch transparente, zielgruppenorientierte Kommunikation und auch öffentlichkeitswirksame Förderprogramme zurückzugewinnen während gleichzeitig glaubwürdig die Zusammenarbeit mit pro-demokratischen Akteuren vertieft wird.

Nicht zuletzt muss die Bundesregierung sich auch den innereuropäischen Hindernissen annehmen: Dies betrifft die durchaus unterschiedlichen Einstellungen der EU-Mitgliedsstaaten etwa gegenüber Rechtsstaatlichkeit sowie auch die teils sehr intensiven Beziehungen zwischen den Regierungen einzelner Mitgliedsstaaten und den antidemokratischen Regierung mancher Westbalkanstaaten. Konkret heißt dies, dass die neue Bundesregierung eine geschlossene Linie der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber antidemokratischer Akteure auf dem Westbalkan deutlich vorantreiben muss.

Ökonomische Kosten sind durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und den Westbalkanstaaten nicht zu erwarten. Vielmehr geht es darum, bereits budgetierte Mittel effektiver und zielgerichteter einzusetzen.

Insgesamt bestehen somit schon viele Ansätze zur EU-Integration der Westbalkanländer. Diese müssen jedoch zukünftig effektiver genutzt und umgesetzt sowie insbesondere transparent und glaubhaft kommuniziert werden.

⁹ Bieber, Florian/Tzifakis, Nikolaos: *The Western Balkans as a Geopolitical Chessboard? Myths, Realities and Policy Options*. Graz: Balkans in Europe Policy Advisory Group, 2019.

¹⁰ Lazarevic, Milena/Stratulat, Corina: *The Conference on the Future of Europe: Is the EU still serious about the Balkans?* in: European Policy Center, 02.10.2020 [online] <https://www.epc.eu/en/publications/Is-the-EU-still-serious-about-the-Balkans~379678> [abgerufen am 15.09.2021].

2. ZUKUNFT EUROPAS: STRATEGISCHE AUTONOMIE

Alexandra Bumcke, Albrecht Campenhausen, Lukas Seelig

Abstract

Strategische Autonomie ist in den vergangenen Jahren zur neuen Catchphrase der "Brussels Bubble" avanciert. Ihre konkrete Bedeutung und Umsetzung bleibt unklar. Gleichzeitig werden Forderungen nach "mehr" strategischer Autonomie im Rahmen zunehmender geopolitischer Verwerfungen immer lauter. Deutschland sollte sich auf europäischer Ebene für eine Stärkung des*der Hohen Vertreters*in der EU für Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie für einen Strategieprozess innerhalb der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen, in dessen Zuge greifbare Ziele und Mittel der künftigen europäischen Außenpolitik erarbeitet werden sollten. Im energiepolitischen Bereich sollte Deutschland der Nutzung des Gaspipeline Nord Stream 2 angesichts ihres möglichen Einsatzes als Druckmittel klare Bedingungen auferlegen und künftig nicht mehr in dieser Größenordnung in fossile Brennstoffe aus dem Ausland investieren. Stattdessen ist eine Unterstützung der von der EU-Kommission eingeleiteten "Important Projects of Common European Interest" ebenso wie die Umwandlung von Erdgas- in Wasserstoffpipelines sinnvoll. Im Zusammenhang mit digital- und technologieorientierten Autonomiebestrebungen sollte die neue Bundesregierung zum einen einen Fokus auf die kohärente Gestaltung nationaler Digital- und Technologiestrategien sowie gemeinsamer Standards legen. Zum anderen sollte auch ein Fokus auf die Zusammenarbeit zwischen Branchenführern in Europa und anderen Staaten gelegt und das Konzept der strategischen Autonomie auch abseits der Bereiche sicherheits- und energiepolitischer Fragestellungen manifestiert werden.

Strategische Autonomie: Definition, Debatte und Leitfragen

In der aktuellen Debatte zur strategischen Autonomie verkommt das Konzept oftmals zur "Catchphrase" in der europäischen Politik,¹¹ die von Think Tanks und Entscheidungsträger*innen jeder politischen Couleur dankbar aufgegriffen wird. Gleichzeitig gibt es auch fünf Jahre nach Veröffentlichung der EU Global Strategy

2016 keinen Konsens darüber, wie eine strategisch autonome EU konkret aussehen soll. Grundsätzlich kann unter strategischer Autonomie die Fähigkeit verstanden werden, "selbst außen- und sicherheitspolitische Prioritäten zu setzen und Entscheidungen zu treffen, sowie die institutionellen, politischen und materiellen Voraussetzungen [zu schaffen], um diese in Kooperation mit Dritten oder, falls nötig, eigenständig umzusetzen".¹² Dies sei unverzichtbar, "damit Europa fähig ist, innerhalb wie außerhalb der eigenen Grenzen den Frieden zu fördern und Sicherheit zu gewährleisten".¹³

In ihrem Impulsvortrag zu unserer Policy Kitchen zur Zukunft Europas unterstreicht Asena Baykal, Research Associate am Global Public Policy Institute, jedoch, dass die EU-Mitgliedsstaaten und -Akteur*innen de facto teils höchst unterschiedliche Vorstellungen von den Zielen, Mitteln und Verfahren der strategischen Autonomie haben und diese einer Konkretisierung und Umsetzung im Wege stehen. Dass sich das Konzept dennoch solcher Beliebtheit erfreut, mag daran liegen, dass es eine historisch gewachsene Sehnsucht nach Handlungsfähigkeit und Orientierung befriedigt – der letzte Faktor brach am Ende des Kalten Krieges weg. Hinzu kamen die vier Jahre der Präsidentschaft Donald Trumps, die den europäischen Partner*innen so deutlich wie nie vor Augen führten, dass auf alte Bündnisse nicht mehr zwangsläufig Verlass ist. Dies spiegelte sich insbesondere in den verstärkten und häufigeren verteidigungspolitischen Debatten und den entsprechenden Kapazitätsfragen und Konzepten der letzten Jahre wider. Wenn strategische Autonomie aber mehr als nur eine leere Worthülle sein soll, muss sich die EU zeitnah einige Fragen stellen: Welche langfristigen Visionen wollen wir als EU konkret verfolgen? Wie müssen wir gegebenenfalls interne Entscheidungsstrukturen anpassen, um handlungsfähiger zu werden? Stehen uns potentiell unterschiedliche strategische Kulturen in der EU im Weg? Wenn ja, kann und sollte man eine gemeinsame strategische Kultur in der europäischen Außenpolitik fördern? Und – falls ja –, wie können wir dies erreichen?

¹¹ vgl. Tamma, Paola: *Europe wants 'strategic autonomy' – it just has to decide what that means*, in: POLITICO, 15.10.2020 [online] <https://www.politico.eu/article/europe-trade-wants-strategic-autonomy-decide-what-means/> [abgerufen am 15.09.2021].

¹² Lippert, Barbara/von Ordanza, Nicolai/Perthes, Volker: *Strategische Autonomie Europas: Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte*. in: SWP-Studie, Berlin, 2019, S. 5.

online:https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2019S02_lpt_orz_prt.pdf [abgerufen am 15.09.2021]

¹³ Europäische Kommission: *Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Common Foreign and Security Policy*. Brüssel, 2016, S. 7.

Angesichts der Vielschichtigkeit von strategischer Autonomie haben wir drei Schwerpunkte gesetzt:

- a) Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
- b) Energiepolitik
- c) Digitalisierung

Jedes dieser drei Politikfelder hat für die Sicherheit Europas zentrale Bedeutung und sollte daher bei der Verwirklichung strategischer Autonomie mitbedacht werden.

a) Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

1) Strategieprozess zur GSVP anstoßen

Eine gemeinsame außenpolitische Strategie setzt Einigkeit über grundlegende Ziele und Mittel voraus. Wie oben skizziert, ist dies innerhalb der EU allerdings alles andere als gegeben: Die Union setzt sich aus Mitgliedsstaaten mit diversen historischen Erfahrungen sowie unterschiedlichen ökonomischen, finanziellen und militärischen Möglichkeiten zusammen.¹⁴ Strategische Autonomie impliziert daher den Versuch, die daraus resultierenden Interessen in einem gemeinsamen Rahmen zu bündeln. Ohne konkrete Ziele werden der Anspruch und die mit ihm verbundenen Hoffnungen von Brüsseler Politzirkeln allerdings dauerhaft hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Jene Uneinigkeit und der Mangel an Zukunftsvisionen, die die Debatte um strategische Autonomie füllen sollten, droht die Realisierungen jeglicher europäischen Interessen zu sabotieren.

Die Teilnehmer*innen des Workshops fordern daher die künftige deutsche Bundesregierung dazu auf, **sich für einen wirksamen, EU-weiten Strategieprozess einzusetzen**, in dem die zukünftige Ausrichtung der GSVP festgehalten wird. Der Strategic Compass,¹⁵ der sich aktuell in der Dialogphase befindet, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Deutschland sollte dabei besonderen Wert darauf legen, dass die strategischen Ziele und Mittel so greifbar wie möglich festgehalten werden, damit sie auch

tatsächlich handlungsleitend wirken können. Dazu sollten konkrete, realistische Unterziele formuliert werden, deren Erreichen objektiv überprüft werden kann. Wichtig ist zudem, die Folgen des Brexit für die Möglichkeiten und Grenzen der GSVP besonders zu berücksichtigen – handelt es sich beim Vereinigten Königreich doch um einen großen, ressourcenstarken Partner, der gerade militärische Missionen in den ersten Jahren besonders unterstützt hat.¹⁶ Ein weiterer Schwerpunkt muss auf der Definition des nach wie vor weitgehend ungeklärten Verhältnisses zwischen GSVP und NATO liegen.

2) Position des*der EU-Außenministers*in stärken

Trotz zahlreicher Bemühungen tritt die EU auf der weltpolitischen Bühne selten geeint und häufig ohne klare Ansprechpartner*innen auf. Dabei ist ein klarer, einheitlicher Kurs entscheidend, um von anderen Akteuren ernst genommen zu werden und gemeinsame Strategien auch tatsächlich in die Tat umsetzen zu können.¹⁷ Einigkeit nach außen ist umso wichtiger als gerade Großmächte wie Russland dazu tendieren, bilateral anstatt mit der EU zu verhandeln und deren Mitgliedsstaaten dadurch zu spalten.

Daher fordern die Teilnehmer*innen des Workshops die Bundesregierung dazu auf, sich für eine **Stärkung der Position der Hohen Vertreterin/des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik** einzusetzen. Es ist notwendig, dieses Amt stärker als bisher als europäische*n Außenminister*in zu denken, also als explizite Repräsentation der gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Vor wichtigen Treffen sollten die Außenminister*innen der Mitgliedstaaten intern eine gemeinsame Linie abstimmen, die dann anschließend durch den*die Hohe*n Vertreter*in nach außen hin vertreten wird. So lassen sich öffentlich ausgetragene Unstimmigkeiten – wie etwa im Anschluss an die umstrittene Reise Josep Borrells nach Moskau – vermeiden. Dies setzt selbstverständlich voraus, dass die Mitgliedstaaten der EU ihre internen Meinungsverschiedenheiten beilegen und sich auf gemeinsame Positionen einigen können. Auch hier kann die engere außenpolitische Absprache positiv wirken: Sie trägt dazu bei, Vertrauen untereinander herzustellen,¹⁸ Außenpolitik nicht mehr nur als

¹⁴ vgl. Eurostat: *Which EU countries had the highest GDP in 2019?* in: ec.europa.eu, 07.05.2020, [online] <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-20200508-1> [abgerufen am 15.09.2021]

Howorth, Jolyon: Differentiation in security and defence policy. in: *Comparative European Politics*, Jg. 17, 2019, S. 263f. k.A., *Panzer, Flugzeuge, Schiffe - so groß ist die Schlagkraft der EU-Armeen*. in: Focus.de, 10.07.2016, [online] https://www.focus.de/politik/ausland/der-grosse-militaer-vergleich-panzer-flugzeuge-schiffe-so-stark-ist-die-schlagkraft-der-eu-armeen_id_5707828.html [abgerufen am 15.09.2021].

¹⁵ vgl. Zandee, Dick/Stoetman, Adája/Deen, Bob: *The EU's Strategic Compass for security and defence Squaring ambition with reality*, Den Haag: Clingendael Report, 2021.

¹⁶ vgl. Faleg, Giovanni: *The Implications of Brexit for the EU's Common Security and Defence Policy*, in: CEPS, 26.07.2016, [online] <https://www.ceps.eu/ceps-publications/implications-brexit-eus-common-security-and-defence-policy/> [abgerufen am 11.09.2021].

¹⁷ vgl. Fischer, Eva/Koch, Moritz/Münchrath, Dr. Jens: *Die Selbstverzwergung Europas*, in: Handelsblatt, 20.05.2019, [online] <https://www.handelsblatt.com/politik/international/europawahl/aussenpolitik-die-selbstverzwergung-europas/24354088.html?ticket=ST-4751574-ubSffNQ9ofeHf0R04s1b-ap5> [abgerufen am 11.09.2021].

¹⁸ vgl. Bicchì, Federica, The EU as a community of practice: foreign policy communications in the COREU network, in: *Journal of European Public Policy*, Jg. 18, Nr. 8, 2011, S. 1115-1132.

nationalstaatliche Domäne zu begreifen und damit den Grundstein für einen effektiveren internen Strategieprozess zu legen (vgl. 1).

b) Energiepolitik nachhaltig und autonom gestalten

Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Selbstbestimmung der Europäischen Union setzt die Unabhängigkeit von externen Akteur*innen voraus. Das gilt nicht nur für die rein politische Zusammenarbeit, sondern betrifft auch zunehmend politisierte Wirtschaftsbereiche, wie die Energieversorgung. Der steigende Import von Energieträgern, insbesondere aus Russland durch die Gaspipeline Nord Stream 2, sowie der Rückbau der eigenen Energiegewinnung schaffen Abhängigkeiten und blockieren eine selbstbestimmte Politik der EU. Die Versicherheitlichung von lebensnotwendiger energetischer Versorgung verschärft etwaige Abhängigkeiten und zieht neben wirtschaftlichen vor allem politische Konsequenzen nach sich.¹⁹ Der im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten schlechtere Fortschritt der Energiegewinnung in Deutschland schwächt die Position der EU als attraktiver Produktionsstandort.²⁰ Beispielhaft lässt sich hier der geringe Fortschritt bei Off-shore Windanlagen heranziehen, dessen Ursache sich unter anderem auf die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zurückführen lässt, die die nötige Planbarkeit dieser Anlagen untergraben hat. Diese Versäumnisse bedingen die Notwendigkeit des Imports und unterstützen Investitionen in fossile Energieträger. Die mangelnde Förderung nachhaltiger Energiequellen, wie Wind- und Sonnenenergie, rückt das Erreichen der bis 2050 angestrebten Klimaneutralität in weite Ferne. Ziel der deutschen Energiepolitik muss es sein, nachhaltige Energiequellen auch in Kooperation mit anderen EU-Staaten zu fördern, um die Klimaneutralität im Jahr 2050 zu erreichen und durch die Stärkung der EU-internen Energiegewinnung die in der globalen Strategie von 2016 angestrebte Autonomie in ihren Entscheidungen zu gewährleisten.²¹

Die Teilnehmer*innen des Workshops fordern die künftige deutsche Bundesregierung dazu auf, **eine autonome und nachhaltige Energiepolitik zu voranzutreiben**. Mit der Erdgaspipeline Nord Stream 2, die Russland und Deutschland direkt verbindet, wächst der geopolitische Einfluss Russlands auf die EU enorm. Politische Interessen könnten durch wirtschaftlichen Druck durchgesetzt werden. Da nur noch wenige Kilometer zur Fertigstellung der

Pipeline fehlen und auch die kritisch eingestellten USA unter Präsident Biden einen Bauabbruch nicht für sinnvoll erachten, ist zumindest eine strenge Regulierung der Nutzung festzulegen.²² Die Politisierung des Sektors macht die Entkoppelung von wirtschaftlichen und politischen Interessen unmöglich. Die Destabilisierung der Ukraine und Polens durch den Wegfall der Transitgebühren in Milliardenhöhe hat zur Folge, dass östliche EU-Staaten ihrer wenigen Druckmittel gegenüber Russland beraubt werden und russische Einflussnahme auf europäische Politik ermöglicht wird.²³ Die Teilnehmer*innen fordern, Investitionen in dieser Höhe künftig nicht in fossile Energieträger aus dem Ausland zu tätigen, insbesondere wenn mit einer Zusammenarbeit das Ignorieren eigener Werte und politischer Interessen verbunden ist. Konkret fordern sie die Unterstützung und den Ausbau der "Important Projects of Common European Interest", eines strategischen Förderprojekts der Europäischen Kommission zur Innovation in ressourcenintensiven Märkten, wie bspw. dem Energiemarkt. Ebenso fordern sie die langfristige Umwandlung von Erdgas- in Wasserstoffpipelines, sowie die Förderung des deutschen Netzausbauprogramms, das eine stärkere Integration erneuerbarer Energien ermöglichen soll.²⁴

c) Digitalisierung & Technologie

Gerade vor dem Hintergrund der von Emmanuel Macron 2019 ursprünglich intendierten breiten Anwendung der strategischen Autonomie tangiert das Konzept nicht nur klassische Bereiche wie die Energie- und Sicherheitspolitik der EU, sondern betrifft in einem immer stärkeren Maße auch den Bereich der Digital- und Technologiepolitik.

1. Die Digitale Dekade effektiv und aktiv gestalten

Bereits zu Beginn ihrer Kommissionspräsidentschaft verkündete Ursula von der Leyen den Anspruch, die **2020er Jahre im Zeichen einer digitalen Dekade Europas** zu gestalten und sich hierbei auf grundlegende Ansätze der Forschung und Entwicklung in den Bereichen Daten, Technologie und Infrastruktur zu konzentrieren. So gab die Kommissionspräsidentin an, dass die digitale Dekade Europas voraussetze, Schlüsseltechnologien wie das Quantencomputing, Künstliche Intelligenz sowie Blockchain und kritische Chiptechnologien in Europa zu entwickeln und geografisch zu halten.

¹⁹ vgl. Westphal, Kirsten: *Russisches Erdgas, ukrainische Röhren, europäische Versorgungssicherheit. Lehren und Konsequenzen aus dem Gasstreit 2009*, Berlin: SWP-Studie, 2009, S. 18, 35

²⁰ vgl. Schader, Nick: *Der Windkraftausbau stockt massiv*, in: tagesschau.de, 22.06.2021 [online] <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/deutschland-windkraft-ausbau-101.html> [abgerufen am 12.09.2021]

²¹ vgl. Westphal, Kirsten/ Lang, Kai-Olaf: *Nord Stream 2 - Versuch einer politischen und wirtschaftlichen Einordnung*, Berlin: SWP-Studie, 2016, S.7 ff., 21

²² vgl. k.A.: *Nord Stream 2: Biden bestätigt Verzicht auf Sanktionen*, in: tagesschau.de, 20.05.2021 [online] <https://www.tagesschau.de/ausland/nord-stream-2-usa-sanktionen-103.html>, [abgerufen am 12.09.2021]

²³ vgl. Westphal/Lang, 2016., S. 22ff.

²⁴ vgl. Westphal, Kirsten: *Strategische Souveränität in Energiefragen*, in: *SWP-Aktuell*, Nr. 46, 2020, S. 1ff.

Angesichts des von der Kommission entwickelten Konzeptes "offener strategischer Autonomie"²⁵, sollte die künftige Bundesregierung die EU darin unterstützen, protektionistische Elemente in Bezug auf bestimmte Industrien und Lieferketten mit Elementen der Kooperation im Bereich zentraler Technologien zu ergänzen. Hier empfiehlt sich eine intensiviertere Fokussierung zentraler Technologien wie fortgeschrittener Robotik, dem "Internet of Things" sowie dem eher allgemeinen Konzept von "Big Data"-Governance. In Anlehnung an die Annahme einer zunehmend souverän agierenden EU sollte die Bundesregierung auf der einen Seite einen Fokus auf die kohärente Gestaltung nationaler Digital- und Technologiestrategien sowie gemeinsamer Standards legen. Auf der anderen Seite – und unter Berücksichtigung des transnationalen Charakters globaler Digitalisierungsprozesse – sollte weiterhin sowohl ein Fokus auf die Zusammenarbeit zwischen multinationalen Branchenführern als auch das kohärente und konsistente Agieren in anderen multilateralen Foren gelegt werden.

2. Ausweitung "Digital-Strategischer Autonomie" auf Bereiche abseits der Energie- und Sicherheitspolitik

Reflektiert man die aktuellen Interpretationen des Begriffes der strategischen Autonomie vor dem Hintergrund bereits geführter Debatten, fällt eine vergleichsweise starke Anwendung des Konzeptes auf den Bereich klassischer Felder wie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf.²⁶ Diese sektorspezifische Konnotation verhindert bisher, dass das Konzept auch in zunehmend komplexe Digitalisierungs- und Technologieprozesse eingebracht und in dieser Hinsicht weiterentwickelt wird.

Hieran anschließend sollte die Bundesregierung nicht nur das Forum des Europäischen Rates, sondern vielmehr auch das der verschiedenen Tätigkeitsbereiche des Rates der Europäischen Union nutzen, um das Konzept der strategischen Autonomie mit der Digitalisierungstendenz auch in Bereichen der Gesundheits-, Finanz- und Klimapolitik intensiver zu verbinden. Erfolgreiche Beispiele, wie die Einführung des "Digital Covid-Certificate",²⁷ welches nun den EU-weit freien und sicheren Reiseverkehr ermöglicht, zeugen von vielfältigen Integrationsmöglichkeiten in Bezug auf die zunehmende Digitalisierung europäischer Handlungsfelder. Darauf aufbauend - und mit Blick auf die spezifische Schnittstelle zwischen strategischer Autonomie, Digitalisierung und Technologie - sollte die Bundesregierung zudem den während der

Pandemie forcierten Trend der unternehmensgeführten Anwendung von digitalen Technologien durch gezielte Investitionen fördern. In enger Anlehnung hieran kann es der Bundesregierung durch ein gezieltes Engagement für sektorspezifische "Research & Development"-Ausgaben gelingen, technologie-bezogenes Fachwissen innerhalb der EU zu stärken, auszuweiten und das sicherheitspolitische Bewusstsein in dieser Hinsicht zu schärfen.

²⁵ Europäische Kommission: Open Strategic Autonomy. *DG Trade of the European Commission*. in: European Commission, 2021a [online] https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2021/february/tradoc_159434.pdf [abgerufen am 10.09.2021].

²⁶ vgl. Dassù, Marta: *Four ways European can help refocus NATO*. in: European Council on Foreign Relations, 06.07.2021 [online] <https://ecfr.eu/article/four-ways-europeans-can-help-refocus-nato/> [abgerufen am 10.09.2021]

Kudzko, Alena: Technological and Digital Sovereignty. In: Marusic, Damir/Kinga, Brudzinska (Hrsg.) *The EU Strategic Autonomy: Central and Eastern European Perspectives*. Bratislava, Atlantic Council / GlobSec Policy Institute: 2021, SS. 32 - 38, hier: S.32.

²⁷ Europäische Kommission: EU Digital Covid Certificate. in: *European Commission*, 2021b [online] https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/coronavirus-response/safe-covid-19-vaccines-europeans/eu-digital-covid-certificate_en [abgerufen am 10.09.2021].

3. EINE UNION DER GLEICHHEIT? – DIE ANTI-GENDER BEWEGUNG IN EUROPA UND DIE KONSEQUENZEN FÜR WIDERSTANDSFÄHIGE AUßENPOLITIK

Inga Gertmann, Leonie Hopgood

Mit Ideen von: Inga Gertmann, Leonie Hopgood, Helena Lüer, Rebekka Pflug, Jonathan Frank, Pawel Lapinski, Frederike Eberhardt, Kim Keller, Dustin Thulke, Simon Haux

Abstract

Der Schutz der Menschenrechte ist essentieller Bestandteil der europäischen Identität. Dass nun mehrere EU-Mitgliedsstaaten und Unterzeichner der europäischen Menschenrechtskonvention die Rechte von LGBTQI*-Menschen und Frauen systematisch untergraben, ist eine Entwicklung, die dem europäischen und deutschen Selbstverständnis diametral entgegensteht. Der "Pushback" gegen die lang erkämpften Rechte von LGBTQI* und Frauen geht dabei weltweit einher mit anti-demokratischen Strömungen und Angriffen auf das liberale Wertesystem und den Multilateralismus. Die Außenpolitik der Bundesregierung muss die Anti-Gender Bewegungen in diesem größeren Kontext sehen und ihnen durch den verstärkten politischen Schutz der Menschenrechte und ihrer Verteidiger*innen, die Ausweitung finanzieller Förderung der (feministischen) Zivilgesellschaft, der Förderung des politischen und öffentlichen Bewusstseins sowie einer Bandbreite an gendersensiblen Instrumenten entgegenwirken.

Einleitung

In den vergangenen Jahren ist mit dem Erstarken nationalistischer, rechts-konservativer und religiöser, rechtspopulistischer und -extremer Bewegungen und Parteien eine wachsende Anti-Gender Bewegung in Europa sichtbar geworden. Das können wir beispielsweise an quasi Verboten von Schwangerschaftsabbrüchen in Polen oder Einschränkungen von LGBTQI* Rechten in Un-

garn sehen. Dabei galten der Schutz und die Förderung der Menschenrechte in Europa durch die Verträge der Europäischen Union und die Menschenrechtskonvention des Europarates lange als eine Geschichte unaufhaltsamen Fortschritts. Sie bewirkten eine Sicherung fundamentaler Rechte von Westeuropa bis zur Türkei und in den Südkaukasus. Mit heutigem Blick lässt sich sagen, dass viele politische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen die Angriffe auf die lang erkämpften Errungenschaften von LGBTQI* und Frauen über viele Jahre unterschätzt haben.²⁸ Seit den 2000er Jahren formierten verschiedene Gruppen und Initiativen weltweit ihren Widerstand gegen den Fortschritt der Gleichberechtigung der Geschlechter, sexuelle Selbstbestimmung und Aufklärung, Gender Mainstreaming, Transgender Rechte, Antidiskriminierungsgesetze bis hin zu den Gender Studies in der Wissenschaft.²⁹ Dabei müssen die Anti-Gender Bewegungen stets im größeren Kontext anti-demokratischer Strömungen und schwindender Räume für die Zivilgesellschaft im gleichen Zeitraum gesehen werden. Die Mobilisierungen sind nicht allein „Pushbacks“ gegen die Rechte von LGBTQI* und Frauen, sondern ein Angriff auf die liberale Demokratie, das Konzept universeller Menschenrechte sowie das multilaterale System. Diese ohnehin oftmals politisch marginalisierten Gruppen sind in vielen Gesellschaften oftmals die ersten und einfachsten Zielscheiben für den schrittweisen Ausbau von autokratischen Machtstrukturen und dementsprechend eine Entwicklung, der schnell und bestimmt entgegengetreten werden sollte.³⁰ Aufbauend auf dieser Identifizierung der zentralen Herausforderungen debattierten die Teilnehmenden

²⁸vgl. Denkovski, Damian/ Bernarding, Nina/ Lunz, Kristina: *Power Over Rights: Understanding and countering the transnational anti-gender movement* (Volume I), in: Center For Feminist Foreign Policy, März 2021, S. 70, [online] https://static1.squarespace.com/static/57cd7cd9d482e9784e4cc34/t/60c865e5f8c3ce53222039e3/1623746023308/PowerOverRights_Volume1_web.pdf [21.06.2021]
Paternotte, David/ Kuhar, Roman: Disentangling and Locating the "Global Right": Anti-Gender Campaigns in Europe, in: *Politics and Governance*, Jg. 6, Nr. 3, 2018, S. 14.

²⁹ vgl. Kuhar, Roman/ Zobec, Ales: The anti-gender movement in Europe and the educational process in public schools, in: *CEPS Journal*, Jg. 7, Nr. 2, 2017, S. 31.

Sauer, Birgit.: Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie?, in: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaften*, Nr. 13, 2019, S. 340f.

Paternotte, D., Kuhar, R. (2018), S. 7,8.

³⁰ vgl. Denkovski et al., 2021, S. 8, 17- 19.

der Policy Kitchen Lösungsideen und entwickelten daraus konkrete politische Handlungsempfehlungen.³¹

Schutz der Menschenrechte im In- und Ausland

Aufgrund der massiven Einschnitte in die Rechte von LGBTQI* und Frauen gilt es für die deutsche Außenpolitik, die Wahrung der Menschenrechte noch stärker in den Fokus zu nehmen und diese aktiv zu schützen. Es sollten insbesondere diejenigen Menschen geschützt und unterstützt werden, die direkt von Anti-Gender Mobilisierungen betroffen sind, weil sie sich für die Rechte und Sicherheit aller Menschen einsetzen. Hierbei sollten vor allem lokale, regionale und nationale Strukturen gestärkt und lokales Wissen als leitende Richtlinie für außenpolitisches Engagement gesehen werden. Die Teilnehmenden der Policy Kitchen empfehlen daher:

- Verstärkte politische und finanzielle Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene mit besonderem Fokus auf Menschen, die sich mit ihrer Arbeit für LGBTQI*- und Frauenrechte in Lebensgefahr begeben
- Prävention genderspezifischer Gewalt und Schutz der Betroffenen von genderspezifischer Gewalt als Querschnittsthema in internationaler Zusammenarbeit, u.a. durch erhöhtes finanzielles Engagement und die Stärkung der Strukturen für den Schutz der Betroffenen von genderspezifischer Gewalt in Partnerländern
- Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)
- Durchsetzen eines Sanktionsregimes gegen Menschenrechtsverletzungen innerhalb der EU
- Einsetzung von EU-Maßnahmen gegen Mitgliedstaaten, in denen die Rechte von LGBTQI* und Frauen von staatlicher Seite systematisch untergraben werden

Ausweitung finanzieller Förderung

Feministische zivilgesellschaftliche Organisationen, Initiativen und Bewegungen haben sich über Jahrzehnte als zentral für den Schutz der Menschenrechte, die Ausweitung der Rechte von LGBTQI* und Frauen, Geschlechtergerechtigkeit sowie die Stärkung der Demokratie im Allgemeinen erwiesen.³² Gleichzeitig ist

³¹ Der Prozess wurde von Magdo Chuchracka begleitet. Magdo forscht und arbeitet an der Goethe Universität Frankfurt am Main zu LGBTQI*, Gender, Feminismus, Rechtspopulismus und digitalen Medien im Rahmen des Projekts „Populist Backlash, Democratic Backsliding, and the Crisis of the Rule of Law in the European Union“.

³² vgl. Htun, Mala/Weldon, Laurel S.: The Civic Origins of Progressive Policy Change: Combating Violence Against Women in

die Arbeit feministischer und Frauenrechtsorganisationen chronisch unterfinanziert.³³ Vor diesem Hintergrund empfehlen die Teilnehmenden der Policy Kitchen:

- Langfristige und institutionelle Förderung von feministischen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit geringem Beantragungs- und Verwaltungsaufwand der Gelder
- Verteilung von Geldern an unterschiedliche Organisationen und Gruppierungen und damit Anerkennung des bisher ungleichen Zugangs zu finanziellen Ressourcen durch die sich überschneidenden Ungleichheiten für LGBTQI* und Frauen
- Diversifizierung nationaler zivilgesellschaftlicher Förderung bei gleichzeitiger Unterstützung und Ausweitung der Finanzierung von LGBTQI*- und Frauenrechtsarbeit auf intergouvernementaler und multilateraler Ebene
- Absicherung der finanziellen Unterstützung von LGBTQI*, Frauenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen und -initiativen auch abseits der EU-Förderinfrastruktur in besonders stark von Anti-Gender-Mobilisierungen betroffenen Staaten Europas

Förderung des öffentlichen und politischen Bewusstseins

Der Abbau von demokratischen Strukturen und Angriffe auf Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU und des Europarates gehen oft Hand in Hand mit einer Delegitimierung von demokratischen, liberalen Errungenschaften der Menschenrechte, wie LGBTQI*-Rechten und das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung. Im Kampf gegen anti-demokratische und menschenrechtsverachtende Bewegungen muss das politische und öffentliche Bewusstsein für diese Strategien gefördert werden. Besonders im Austausch mit nationalen, regionalen und lokalen Akteur*innen können möglichst präventive Ansätze in außenpolitische Strategien eingebaut werden, um die Zivilgesellschaft in ihrer Arbeit gegen diese Entwicklung zu unterstützen. Dafür empfehlen die Teilnehmenden der Policy Kitchen:

- Ausbildung und Weiterbildung von Mitarbeitenden in Ministerien, EU-Institutionen, multilateralen Organisationen für die Schaffung eines Bewusstseins für Anti-

Global Perspective, 1975-2005, in: *American Political Science Review*, Jg. 106, Nr. 3, 2012.

³³ vgl. Durán, Lydia Alpizar: *20 years of Shamefully Scarce Funding for Feminists and Women's Rights Movements*, in: AWID, 14.05.2015, [online]: <https://www.awid.org/news-and-analysis/20-years-shamefully-scarce-funding-feminists-and-womens-rights-movements> (Abgerufen am 22.06.2021)
Denkovski et al., 2021, S.68.

Genderismus sowie den Zusammenhang zwischen den systematischen Angriffen auf die Demokratie und die Angriffe auf die Rechte von LGBTQI* und Frauen

- Zusammenarbeit der verschiedenen Politik- und Fachbereiche bei der Erarbeitung von Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung des Anti-Genderismus
- Entwicklung eines intersektionalen Ansatzes in Bezug auf die Rechte von LGBTQI* und Frauen in europäischer Zusammenarbeit, z.B. in Bildungs- und Gesundheitspolitik
- Einbezug einer Gender-Dimension in die Evaluation außenpolitischer Strategien und Maßnahmen in Partnerländern
- Aufklärung über Anti-Genderismus und Schutz vor genderspezifischer Gewalt in politischen Kampagnen im Ausland in Zusammenarbeit mit nationalen, regionalen und lokalen Organisationen und Akteur*innen

Nutzung von bewährten Instrumenten

Für die Stärkung der Rechte von LGBTQI* und Frauen müssen Verantwortlichkeiten, Maßnahmen und Finanzierung bewusst reflektiert und die Auswirkungen jeder politischen Entscheidung auf LGBTQI* und Frauen evaluiert werden. Dieser intersektionale Ansatz ist zentral für eine strukturelle Veränderung außenpolitischer Prozesse und eine tatsächliche Förderung der Menschenrechte im Ausland. Um diese Politik glaubwürdig umzusetzen, muss auch für nationale Strukturen der höchste Standard an Gendergerechtigkeit gesetzt werden. Vor diesem Hintergrund empfehlen die Teilnehmenden der Policy Kitchen:

- Gender Mainstreaming als Vorgabe für alle politischen Entscheidungsprozesse in deutscher Außen- und Europapolitik sowie in allen Politikbereichen entlang des Do-No-Harm-Prinzips
- Integration gendergerechter Sprache in alle außenpolitische Dokumente und Diskurse sowie Förderung gendergerechter Sprache als Standard auf EU- und Europarats-Ebene
- Einrichtung von Gender Focal Points in allen Botschaften, Ministerien und ggf. Referaten und ausreichende Ausstattung mit Ressourcen
- Verpflichtende Genderanalysen bei der Einsetzung von außenpolitischen Maßnahmen und der Vergabe von Geldern, um die Auswirkungen auf LGBTQI* und Frauen einzubeziehen
- Erhebung genderspezifischer Daten für eine effektivere Gestaltung von außenpolitischen Maßnahmen und Verteilung von Geldern

Im Diskurs um Anti-Gender Bewegungen in Europa wird deutlich, dass das Persönliche politisch ist. Angriffe auf Freiheiten von Frauen und LGBTQI* Personen ist oftmals eine frühe Strategie im Aufbau von illiberalen Regimen. Die Außenpolitik der neuen Bundesregierung muss die Anti-Gender Bewegungen in diesem größeren Kontext sehen und ihnen durch den verstärkten politischen Schutz der Menschenrechte und ihrer Verteidiger*innen, die Ausweitung finanzieller Förderung der (feministischen) Zivilgesellschaft, der Förderung des politischen und öffentlichen Bewusstseins sowie einer Bandbreite an gendersensiblen Instrumenten entgegenwirken.

4. RESILIENTE AGRARPOLITIK MIT ZUKUNFTSCHARAKTER - EMPFEHLUNGEN AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG

Natalie Gröbner, Antonia Riedel, Linn Schaan

Abstract

Hinsichtlich der Ausgestaltung einer resilienten Landwirtschaft ist ein komplexes System an regionalen und internationalen Versorgungsketten sowie Verbraucher:innenentscheidungen zu berücksichtigen. Im Kern sind drei Aspekte zur Resilienz im landwirtschaftlichen Sektor bedeutend: (1) Resilienz des Ernährungssystems und der Ernährungssicherheit; (2) Resilienz der Produktionssysteme in Hinblick auf den Klimawandel und (3) Resilienz der Ökosysteme (Feindt et al. 2019). Darauf aufbauend einigte sich die Diskussionsgruppe auf zwei Kernproblemfelder: (1) Klimawandel: Risikofaktor vs. Einsparungspotential und (2) Öffnung der internationalen Märkte (z.B. Mercosur-EU-Assoziierungsabkommen), deren Relevanz erläutert und nachfolgend mit konkreten Empfehlungen für die kommende Bundesregierung (2021-2025) ergänzt wird.

Einführung

Im Juni 2018 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Vorschlag zur post-2020 Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) und erst kürzlich veröffentlichte die von der Bundesregierung einberufene Zukunftskommission Landwirtschaft ihren Abschlussbericht. Beide Vorschläge priorisieren eine Ökologisierung der GAP und eine entsprechend verstärkte Verankerung von Umwelt- und Klimazielen sowie eine vereinfachte Konditionalität der bisherigen Politik. Damit prägen sie die Ausgestaltung der zukünftigen deutschen Agrar- und Ernährungspolitik und sind tragende Pfeiler zur Gewährleistung eines widerstandsfähigen Agrarsektors in Europa. Die direkten und indirekten Auswirkungen der Sars-Cov-2-Pandemie auf den Ernährungs- und Agrarsektor durch die Unterbrechung von (globalen) Lieferketten verursachte Versorgungsengpässe sowie Herausforderungen in der Organisation von Erntehelfer:innen. Das rückte Grundsatzfragen zur Versorgungssicherheit von Nahrungsmitteln und die Forderung einer resilienten Ausgestaltung der betroffenen Politikfelder ins Zentrum der Debatte.

Die Frage, wie Agrarpolitik resilient gestaltet werden kann, ist sehr komplex, da nicht nur interdependente landwirtschaftliche Versorgungsketten und -systeme wie auch unterschiedliche landwirtschaftliche Praktiken auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene mit eingebunden sind, sondern auch Konsumgewohnheiten und deren Veränderungen berücksichtigt werden müssen. Außerdem muss es Verständigung darüber geben, ab wann Agrarpolitik als resilient bezeichnet werden kann und welcher Grad davon angestrebt werden soll.

Feindt et al. (2019) erklären drei Bereiche im landwirtschaftlichen Kontext für relevant: (1) Resilienz des Ernährungssystems und der Ernährungssicherheit; (2) Resilienz der Produktionssysteme in Hinblick auf den Klimawandel und (3) Resilienz der Ökosysteme, die durch die Landwirtschaft beeinflusst werden.³⁴ Diese drei Bereiche werden in allen Problemfeldern und Empfehlungen berücksichtigt.

Die hier dargelegten Empfehlungen bauen auf der Diskussion der „Policy Kitchen: Zukunft Europas“ am 03.05.2021 auf, zu der Dr. agr. Bettina Rudloff (Stiftung Wissenschaft und Politik) und Tobias Reichert (Germanwatch e.V.) durch Kurzvorträge in das Thema einführten. In der folgenden Ausarbeitung wurde sich auf zwei Problemfelder konzentriert, um die Komplexität des landwirtschaftlichen Nexus zu reduzieren.

Klimawandel: Risikofaktor vs. Einsparungspotential

Die Produktion landwirtschaftlicher Produkte ist abhängig von einer Vielzahl an Ökosystemleistungen: Die Garantie von fruchtbaren Böden, sauberem Wasser wie Bestäubungsleistungen durch Insekten sind dabei grundlegende Produktionsbedingungen. Die Veränderungen durch den menschengemachten Klimawandel erhöhen nicht nur den Druck auf diese Ökosystemleistungen und gefährden dessen Produktionsgrundlage, sondern gefährden diese durch eine höhere Wahrscheinlichkeit von Extremwetterereignissen wie beispielsweise Dürreperioden oder Starkregen. Trotzdem führen landwirtschaftliche Praktiken wie intensiver Maschineneinsatz zur Bodenbearbeitung und Ernte, die Ausbrin-

³⁴Feindt, Peter H./Krämer, Christine/Früh-Müller, Andrea/Heißenhuber, Alois/Pahl-Wostl, Claudia/Purnhagen, Kai P./Thomas, Fabian/van Bers, Caroline/Wolters, Volkmar: *Ein*

neuer Gesellschaftsvertrag für eine nachhaltige Landwirtschaft, Wege zu einer integrativen Politik für den Agrarsektor, Berlin: Springer-Verlag GmbH 2019, S.79–82.

gung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln, Landnutzungsveränderungen wie auch die Tierhaltung zu Nährstoffübersorgung (sog. Eutrophierung) von Flüssen, Seen und Meeren, der Degradierung, Verdichtung und Erosion des Bodens, dem Verlust der Artenvielfalt und einer Steigerung klimaschädlicher Treibhausgase (THG). Deswegen besteht im landwirtschaftlichen Sektor ein enormes Einsparungspotential an THG.³⁵

Empfehlungen:

(1) Stärkung von "klimasensiblen" landwirtschaftlichen Praktiken durch (finanzielle) Anreizsysteme, um nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen zu garantieren:³⁶

- Schonende bzw. reduzierte Bodenbearbeitung³⁷
- Effizientes und regionalspezifisches Wassermanagement³⁸
- Nutzung organischer Böden durch (1) Wiedervernässung von landwirtschaftlich genutzten Moorflächen und Feuchtgebieten; (2) Extensive Grünlandnutzung; (3) Nachhaltige Nutzung durch Paludikulturen³⁹

- Optimierung des Düngemanagements (durch z.B. reduzierten Mineraldüngereinsatz und verbessertes überregionales Verteilungsmanagement)⁴⁰
- Veränderung der Anbaustruktur: (1) Biomasse zur energetischen Nutzung (Berücksichtigung landwirtschaftlicher Nebenprodukte); (2) Steigerung der Anbaudiversität durch Zwischen- und Flächenfrüchte und Fruchtfolgen; (3) Anbau von Leguminosen; (4) Erhalt von Grünland; (5) Ökologischer Landbau; (6) Agroforstwirtschaft; (7) Verbesserter Technik- und Maschineneinsatz⁴¹
- Reduktion der Tierbestände (insbesondere in der Rinderzucht)⁴² - Regulierung durch flächenbasierte Tierbestände oder umfangreich verpflichtende Einführung der Tierlabels der Borchert-Kommission⁴³

(2) Kohärenter Ansatz von Agrar-, Ernährungs-, Klima- und Naturschutzpolitik:⁴⁴

³⁵ Smith, Pete/Bustamante, Mercedes.: Agriculture, Forestry and Other Land Use (AFOLU), in: Ottmar Edenhofer et al. (Hrsg.): *Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge, UK und New York, NY, USA: Cambridge University Press, 2014, S.811-922; Kliem, Lea/George, Katja: *Von Starkregen bis Trockenheit – Anpassungsstrategien für die deutsche Landwirtschaft: Arbeitspapier zur Vorbereitung des Stakeholderdialogs zur Klimaanpassung*, in: Dialog zur Klimaanpassung. Eine Veranstaltung zu Chancen und Risiken des Klimawandels, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, November 2017, [online] https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2017/Kliem_George_Von_Starkregen_bis_Trockenheit_%E2%80%93_Anpassungsstrategien_f%C3%BCr_die_deutsche_Landwirtschaft.pdf [01.06.2021].

³⁶ Zukunftskommission Landwirtschaft: *Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft*, in: Abschlussbericht Zukunftskommission Landwirtschaft, 29.Juni 2021, [online] https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [16.06.2021].

³⁷ Mäder, Paul/Fliessbach, Andreas/David, Christophe/Cooper, Julia: *The Potential Use and Benefits of Reduced till in Organic Agriculture Systems*, Vortrag bei: ASA, CSSA, & SSSA International Annual Meeting: Innovations in Organic Food Systems - Opportunities for Meeting Ecosystem Services Challenges with Organic Farming - Part I, Long Beach, California, 2.-5. November 2014.

³⁸ Schimmelpfennig, Sonja/Heidecke, Claudia/Anter, Jano: 14 Herausforderungen für die Bewässerung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Deutschland, in: Sonja Schimmelpfennig et al. (Hrsg): *Bewässerung in der Landwirtschaft. Tagungsband zur*

Fachtagung am 11./12.09. 20217 in Suderburg, Braunschweig: Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, 2018, S. 137-144.

³⁹ Baum, Sarah/Elsasser, Peter/Goetzke, Roland/Henseler, Martin/Hoymann, Jana/Kreins, Peter: Handlungsfelder der Landnutzung, in: Gömann, Horst/Fick, Johanna (Hrsg): *Wechselwirkungen zwischen Landnutzung und Klimawandel*, Springer Nature, Open Access, 2021, S.72-142, [online] <https://library.oapen.org/handle/20.500.12657/47313> [01.07.2021]. Hirschfeld, Jesko/Preidl, Marcin/Korbun, Thomas/Wieß, Julika: Klimawirkungen der Landwirtschaft in Deutschland, in: *Schriftreihe IÖW 186/08, 2008*, [online] https://www.ioew.de/fileadmin/_migrated/tx_ukioewdb/IOEW-SR_186_Klimawirkungen_Landwirtschaft_02.pdf [15.06.2021].

⁴⁰ Baum et al. 2021.; Hirschfeld et al. 2008.

⁴¹ Baum et al. 2021.

⁴² Scheffler, Margarethe/Wiegmann, Kirsten: *Quantifizierung von Maßnahmenvorschlägen der deutschen zivilgesellschaft zu THG – Minderungspotenzialen in der Landwirtschaft bis 2030*, in: Klima Allianz, 11.04.2019, [online] https://www.klima-allianz.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Hintergrund/%C3%96ko-Institut-Quantifizierung_Ma%C3%9Fnahmenvorsch%C3%A4ge_2030_Landwirtschaft_-_Klima-Allianz_Deutschland.pdf [15.06.2021].

⁴³ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): *Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland – der Borchert-Prozess*, in: BMEL, 03.05.2021 [online] <https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/nutztiere/umbau-nutztierhaltung.html> [13.06.2021]; Heinrich-Böll Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Le Monde diplomatique: *Fleischatlas 2021. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel*, [online] <https://www.boell.de/de/de/fleischatlas-2021-jugend-klima-ernaehrung> [16.06.2021].

⁴⁴ Zukunftskommission Landwirtschaft, 2021.

- Einheitliches Vorgehen der EU-Länder durch finanzielle Anreizsysteme (z.B. Carbon Border Adjustment Mechanism, Mehrwertsteuersenkung oder Subventionierung von klimaneutralen pflanzlichen Produkten auf Grundlage von vollständigen Lebenszyklus-Analysen der landwirtschaftlichen Produkte, um Schwächung der heimischen klimafreundlichen Produkte zu vermeiden und die Abwanderung emissionsreicher Produktion ins Ausland zu verhindern)
- Zuverlässige, langfristige finanzielle Unterstützung für Landwirt:innen garantieren (bezüglich Anpassung an den Klimawandel und dessen Minderung)
- Nachhaltige Ernährungsstrategie fördern: (1) Pflanzliche Ernährung in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kitas und Krankenhäusern unterstützen und erhöhen; (2) Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu unterschiedlichen Ernährungsweisen und Auswirkungen von Konsumentenscheidungen
- Bildungs- und Fortbildungsangebot für Landwirt:innen bzgl. klimasensibler Landwirtschaft stärken
- Förderung unabhängiger Forschung für klimafreundliche Landwirtschaft und Ernährung⁴⁵

Öffnung der internationalen Märkte (z.B. Mercosur-EU-Assoziierungsabkommen)

Eine Marktöffnung, beispielsweise durch Freihandelsabkommen, rückt vier Spannungslinien in der Agrarpolitik in Hinsicht auf Klima- und Umweltschutzmaßnahmen in den Vordergrund:

(1) Als sogenannte Yield Gap wird die Lücke zwischen Ertragspotential und tatsächlich erwirtschaftetem Ertrag beschrieben. Sie kann beispielsweise durch Produktionsmethoden geschlossen werden, welche eine Profitsteigerung durch hohen Input oder

intensive Flächennutzung herstellen. Folge sind höhere THG-Emissionen und Habitatverluste. Einfuhr- sowie Importtoleranzen⁴⁶ gegenüber Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen fördern dies. Demgegenüber steht die Forderung nach umweltschonenden Produktionsmethoden zur Erhaltung der Ökosysteme und -leistungen⁴⁷.

(2) Im Agrarsektor kann die Reduktion von Ein- und Ausfuhrzöllen dafür sorgen, dass zunehmend chemische Substanzen und Pestizide aus Ländern ausgeführt werden, in deren Exportland diese nicht zugelassen werden (siehe Mercosur).⁴⁸ Daraus können zweierlei Dinge resultieren: Einerseits die Anwendung der in der EU nicht zugelassenen Substanzen in andere Länder und andererseits Import von landwirtschaftlichen Produkten in die EU, die nachweislich mit diesen Substanzen behandelt wurden.⁴⁹

(3) Andererseits können Freihandelsabkommen Importkonkurrenz verschärfen. Die inhärente Marktmacht großer Lebensmittelkonzerne wird gestärkt, während der Druck auf nationale, kleinbäuerliche Betriebe steigt. Internationale Betriebe lassen sich im Gegensatz zu nationalen hinsichtlich Klimaschutz weniger stark regulieren. Dies wirkt sich auf die Gewinne aus: Lebensmittel werden als spekulative Investitionsprodukte gehandelt. Die entstandene Gewinnspanne steht zu Lasten des Klima- und Umweltschutzes an erster Stelle. Dies steht dem fairen Wettbewerb zu Lasten nationaler Betriebe entgegen, welcher zudem durch globale Oligopolbildung beschränkt wird. Laut der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) tragen Investitionen in Agrarrohstoffmärkte dazu bei, dass Nahrungsmittelpreise starken Schwankungen unterliegen. Große Lebensmittelkonzerne, wie die sogenannten ABCD⁵⁰, können so von Spekulationen profitieren⁵¹.

(4) Eine weitere wichtige Thematik ist die sogenannte Leakage-Problematik. Aufgrund von Natur- und Umweltschutzvorgaben in der EU kann es zu einer Verlagerung der Produktionsstandorte (vor allem für Futtermittel) kommen, welche geringeren Natur- und Umweltschutzstandards unterliegen. Folgen sind ein steigender Import billiger landwirtschaftlicher Produkte und ein

⁴⁵ Hirschfeld et al. 2008.

⁴⁶ Greenpeace: *Hintergrund: Das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen. Einordnung und Analyse des Verhandlungsdokuments vom 18. Juni 2020*, in: Greenpeace e.V., 08.10.2020, [online] https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/20201008-greenpeace-eu-mercotur_hintergrund.pdf [04.07.2021] - Beispielsweise sind innerhalb des Mercosur-Abkommens keinerlei Sanktionen bei Verstößen vorgesehen. Es sind lediglich unverbindlichen Absichtserklärungen gegenüber Maßnahmen zum Umweltschutz enthalten.

⁴⁷ Vgl. Feindt et al. 2019:130-131

⁴⁸ Schneemann, Miriam: *Erschreckende Ergebnisse: Interview mit der Verbraucherschützerin Silke Schwartau zu Pestizidfinden*, in: Greenpeace, 21.05.2021, [online] <https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft-wirtschaft/handelsabkommen/erschreckende-ergebnisse> [04.07.2021].

⁴⁹ Erklärbar werden diese Einfuhr- und Importtoleranzen durch den sogenannten „regulatory chill“-Effekt: Investoren aus den Partnerländern des jeweiligen Freihandelsabkommens können

das Gastland, welches Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen durchsetzt auf Schadenssummen verklagen mit der Begründung, dass diese Regulatorien das Abkommen hinsichtlich des Handels einschränkt. Siehe dazu: Zengerling Cathrin: *Stärkung von Klimaschutz und Entwicklung durch internationales Handelsrecht. Expertise für das WBGU-Hauptgutachten „Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration“*, Berlin 2020, [online] https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2020/pdf/Expertise_Zengerling.pdf [16.06.2021].

⁵⁰ Archer Daniels Midland, Bunge, Cargill und die Louis Dreyfus Company

⁵¹ Heinrich-Böll Stiftung/Rosa-Luxemburg-Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Le Monde diplomatique/Oxfam Deutschland/Germanwatch: *Konzernatlas. Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie*, in: Heinrich-Böll-Stiftung, 2021 [online] https://www.boell.de/sites/default/files/konzernatlas2017_iii_web.pdf?dimension1=ds_konzernatlas [04.07.2021].

Anstieg von THG-Emissionen. Einem Report von GRAIN zufolge wird das Mercosur-Abkommen zu einem Emissionsanstieg um 15 Prozent aufgrund unterschiedlicher Umweltstandards führen⁵². Dies ist mit den Umweltzielen der EU unvereinbar.

teraler Verhandlungen unter Prämisse des Umwelt- und Klimaschutzes, welche ebenfalls für Zulieferer und Drittstaaten gelten

Empfehlungen:

(1) Neudefinition der Yield Gap

- Vorrang des Vorsorge- und Vorsichtsprinzips anstelle von Einfuhr- sowie Importtoleranzen bei Verhandlungen von Freihandelsabkommen

(2) Regulierung von Pestiziden, chemische Substanzen

- Einhaltung der selbstgesetzten EU-Regelungen (GAP, Pesticidverordnung) durch stärkere Regulierungen, Kontrollen und Monitoring in Freihandelsabkommen
- Eindämmung Einfuhr- und Importtoleranzen

(3) Verhinderung von Importkonkurrenz

- Gesetzliche Regelung der Kompensation von Kostennachteilen⁵³
- Stärkung und Wertschätzung der kleinbäuerlichen Betriebe auf nationaler und internationaler Ebene
- Schutz der eigenen Produktion durch Fokus auf Regionalität: Vertrieb regionaler Lebensmittel und kürzere Transportwege angesichts zunehmender Krisen wie der COVID 19-Pandemie und der damit verbundenen Versorgungslage

(4) Berücksichtigung der Leakage-Problematik

- Systematische Erfassung von Leakage-Problemen und Implementierung entsprechender Gegenmaßnahmen⁵⁴
- Stärkung bilateraler Dialoge und gemeinschaftlichen Abstimmungen hinsichtlich konkreter Problemlagen
- Weiterführende Studien und Forschung bezüglich der Preisdruckentwicklung auf lokalen (EU-)Märkten sowie zu Effekten von Freihandelsabkommen in beteiligten Entwicklungs- und Schwellenländern
- Europäisierung/Vereinheitlichung und Abstimmung des Lieferkettengesetzes⁵⁵ mit Handelspartnern innerhalb multila-

⁵²GRAIN: *Report - EU-Mercosur trade deal will intensify the climate crisis from agriculture*, in: Grain, 25.09.2019, [online] <https://grain.org/en/article/6355-eu-mercoshur-trade-deal-will-intensify-the-climate-crisis-from-agriculture> [04.07.2021].

⁵³ vgl. Feindt et al. 2019:131.

⁵⁴ vgl. Feindt et al. 2019:130.

⁵⁵ Teller, Friederike/Brandt, Katharina/Thomsen, Berit: *Auswirkungen des EU-Mercosur Abkommens auf den Agrarhandel und die Ziele für nachhaltige Entwicklung*, in: Germanwatch e.V./Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V., 2020, [online] www.germanwatch.org/de/19698 (12.06.2021).

Berlin, September 2021

Veröffentlicht von Polis180 e.V.

Vertreten durch:

Ricarda Lindau, Präsidentin

Lukas Hochscheidt, Präsident

Lisa Marie Rumpf, Schatzmeisterin

Herausgeber: Polis180 e.V.

Organisation der Policy Kitchen: Leonie Hopgood,
Richard Kaufmann

Layout: Gerold Stabel

Dieses Polis Paper gibt ausschließlich die Meinung der Autor*innen wieder. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei den Autor*innen. Dieses Polis Paper ist im Rahmen des Projektes „Politisch? Korrekt! - Unser Beitrag zur Bundestagswahl 2021“ entstanden.

Mit dem Projekt „Politisch? Korrekt!“ setzt sich Polis180 für eine zukunftsgerechte deutsche Außen- und Europapolitik ein, die die Perspektiven junger Bürger*innen wahrnimmt und die junge Generation beteiligt.

Mehr zum Projekt unter: www.polis180.org/bundestagswahl2021/

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Über POLIS180

Polis 180 hat zum Ziel, die innovativste Ideen- und Talentschmiede von und für junge ExpertInnen zu sein und will ihnen als inklusive Plattform die Möglichkeit geben, außen- und europapolitische Entscheidungen maßgeblich zu beeinflussen. Als Grassroots- Thinktank brechen wir die etablierte Außen- und Europapolitik auf, entwickeln unvoreingenommen und ohne Zwänge neue Ideen und verhelfen ihnen zum Durchbruch. Als Bindeglied bringen wir in unserer Arbeit verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammen und wirken so der wachsenden Kluft zwischen ihnen entgegen.

**POLIS
180**

POLIS180

KIEFHOLZSTRASSE 2

12435 BERLIN

WWW.POLIS180.ORG

INFO@POLIS180.ORG

